



Landtagswahlen Tirol 2013

# Die Macht des Präsidenten

Die Ablehnung Herwig van Staas, das Gesetz zur Rückübertragung des Gemeindeguts im Landtag zu behandeln, ist für die Opposition eine demokratiepolitische Bankrotterklärung.

Der Landtag vergangene Woche, bei dem der Antrag der Oppositionsparteien sowie der SPÖ zur Rückübertragung des Gemeindeguts endgültig abgeschmettert worden war, erzürnt die politischen Gemüter. So auch jene der Agrarsprecher von Liste Fritz und Tiroler Grüne, Andreas Brugger und Georg Willi. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei einmal mehr Landtagspräsident Herwig van Staa sowie die umfassende Machtfülle des Landtagspräsidenten, dem es nicht nur möglich ist zu bestimmen ob ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt bzw. behandelt wird, sondern auch, welchem Ausschuss einzelne Anträge zugewiesen werden. So hat van Staa bereits beim Sonderlandtag Ende Februar den Antrag auf Rückübertragung des Gemeindeguts dem Rechts- und Gemeindegutsausschuss zugewiesen, in dem die ÖVP die Stimmenmehrheit besitzt und sah auch bei der letzten Landtagsitzung vor der Wahl keine Veranlassung, den Gesetzesan-



Andreas Brugger, Georg Willi (v. li.): „Landtagspräsident van Staa hätte seine Chance gehabt.“

Van Staa hätte, so Willi, „positiv auflösen können, was sein Schwiegervater verbrochen hat“. Der Grüne Landtagsabgeordnete verwies dabei auf

gegen die Mehrheit im Tiroler Landtag gezeigt, dass er VP-Ordnung gewogener ist als der Geschäftsordnung des Tiroler Landtages. Ebenso urteilt

gerinnen und Bürger dieses Landes wäre“, so Brugger. Der Jurist verweist gleichzeitig auf die bedenkliche Machtfülle, die das Amt des Landtagspräsi-

Wahnsinn“, stellt Jurist Brugger fest. In dem Moment, wo der Präsident gewählt wird, sei in diesem System das Unglück auch schon passiert. Würde sich der Präsident zudem nicht an die Geschäftsordnung halten, gäbe es auch kein Instrument, dies zu ahnden. „Die Demokratie hört dort auf, wo sich die handelnden Personen nicht mehr an die Spielregeln halten. Bisher musste die ÖVP diese nicht brechen, da sie über die Mehrheit im Landtag verfügte, jetzt, wo sie in der Frage der Rückübertragung in der Minderheit sei, sieht man, wie weit sie zu gehen bereit ist“, so Brugger, der ebenso wie Willi bedauert, dass das Thema Agrargemeinschaften in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelöst werden kann.

Nach gut sieben Jahren des von der ÖVP zu verantwortenden Streits hätte sich mit dem Sonderlandtag ein Fenster aufgetan, das gegen die Mehrheit im Landtag zugeschlagen wurde, so Georg Willi. Positiv wäre lediglich, dass die VP-

(Foto: Friedle)



trag in den Landtag zu bringen, obwohl dieser Schritt dem Landtagspräsidenten möglich gewesen wäre. Van Staa hielt damit an der ÖVP-Linie fest, die trotz einer Minderheit von 16 Stimmen gegen 20 Stimmen die Behandlung des Gesetzes im Landtag verhinderte. „Er sagte er tue es nicht. In diesem Augenblick habe ich mir gedacht, Herwig, jetzt hast du einen riesigen Fehler gemacht“, urteilt Georg Willi über die Nichtbehandlung des Antrags.

Alt-Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, dem Schwiegervater van Staas, unter dessen Federführung die rechtswidrige Übertragung von Gemeindegut an die Agrargemeinschaften stattgefunden hat. Durch dieses Verhalten hätte sich van Staa seine Wiederwahl zum Präsidenten verbaut, so Willi, denn ein Landtagspräsident würde durch einen möglichst breiten Konsens gewählt. Van Staa hätte durch das Festhalten an der VP-Linie und sein Stimmen

**„Van Staa hätte positiv auflösen können, was sein Schwiegervater verbrochen hat.“**

Georg Willi, Tiroler Grüne

Landtagsabgeordneter Andreas Brugger, der Agrarexperte der Liste Fritz. „Van Staa wird als der Präsident in die Geschichte eingehen, der das Rückübertragungsgesetz abgestochen hat, das zum Wohle der Bür-

den in sich birgt. „Wenn die ÖVP eine Mehrheit in einem Ausschuss besitzt und dieselbe Partei den Landtagspräsidenten stellt, kann eine gesamte Legislaturperiode nichts gegen den Willen der ÖVP entschieden werden. Selbst wenn es der Koalitionspartner möchte. Das ist ein demokratiepolitischer

Abgeordneten Jakob Wolf und Andreas Köll erkannt hätten, dass die Übertragung des Gemeindeguts Unrecht gewesen sei. „Als die ÖVP jedoch erkannt hatte, dass sie in dieser Frage letztlich isoliert ist, hat nur noch die missbräuchliche Anwendung der Geschäftsordnung geholfen“, so Willi.

Jetzt neu: [www.echo](http://www.echo)